

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Reinhard Loske, Nicole Maisch, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Strahlenbelastung durch drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN)

Drahtlosnetzwerke haben in den letzten Jahren eine starke Verbreitung erfahren. Bereits 2005 wurden in der Europäischen Union mehr Notebooks als Desktop-Rechner verkauft, die meisten davon mit eingebautem WLAN-Chip. Öffentliche und kommerzielle WLAN-Access-Points mit Internet-Anbindung, so genannte „Hot Spots“, ermöglichen an vielen Orten den Zugriff auf das weltweite Datenetz. WLAN ist für viele eine willkommene Alternative zum Kabelsalat, der in mancher Firma und in manchem Privathaushalt durch die Netzwerkinstallation entstanden ist. Weitere Vorteile sind: WLANs sind schnell zu installieren, decken eine große Fläche ab und arbeiten kostengünstig. Auch dieses sind Gründe, warum im privaten Bereich mehr und mehr die drahtlosen Netzwerke Einzug finden.

Das Marktvolumen des WLAN-Hardwaremarktes stieg laut IDC (International Data Corporation) allein in Deutschland vom Jahr 2003 mit einem Volumen von 144 Mio. US-Dollar auf 313,9 Mio. US-Dollar im Jahr 2004, dies ist eine Steigerung von 118 Prozent.

Die von WLAN-Geräten benutzten Funkfrequenzen liegen um 2,4 GHz bzw. 5,4 GHz, also im Mikrowellenbereich. Ihre Reichweite kann unter bestimmten Voraussetzungen mehrere hundert Meter betragen. Auch durch diese Technik entstehen, ebenso wie bei der Mobilfunktechnik, hochfrequente elektromagnetische Felder. Sie sind somit, ebenso wie die Mobilfunktechnik, Gegenstand von kontroversen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die gesundheitlichen Auswirkungen.

Zwar gibt es nach mehreren Studien, u. a. des Bundesamts für Strahlenschutz, nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft keinen Nachweis, dass es innerhalb der gesetzlichen Grenzwerte der effektiven Strahlungsleistung eine gesundheitliche Gefährdung besteht. Allerdings ist ebenso wie beim Mobilfunk eine abschließende Bewertung noch nicht erfolgt. Das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt in seiner Antwort auf eine Anhörung des Bayerischen Landtages, dass im Zuge der die Grenzwertregelung ergänzenden Vorsorgemaßnahmen auch im Zusammenhang mit WLAN kabelgebundene Alternativen vorzuziehen sind (Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtages zum Thema „Einfluss des Mobilfunks auf die menschliche Befindlichkeit“ am 7. Dezember 2006). Auch sei die Frage nach der altersabhängigen Energieaufnahme und Energieverteilung noch nicht befriedigend beantwortet. Diese Aussagen bewegten den Bayerischen Landtag, eine Empfehlung an

die Schulen herauszugeben, in dem die Schulen aufgefordert werden, möglichst auf WLAN zu verzichten. Zu einer ähnlichen Empfehlung kommt Professor Lawrie Challis, Leiter des britischen Forschungsprogramms zu Mobiltelekommunikation und Gesundheit laut einer Meldung in FOXNews vom 4. Mai 2007. Er hatte dort geäußert, dass Kinder einen Sicherheitsabstand zu den eingebauten Antennen in WiFi-aktiven (Wireless Fidelity) Laptops wahren sollten, bis weitere Forschung durchgeführt worden ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche (Teil-)Studien zu WLAN wurden im Deutschen Mobilfunkforschungsprogramm durchgeführt, und zu welchen Ergebnissen sind diese Studien gekommen?
2. Plant die Bundesregierung Studien, um die altersabhängige Energieaufnahme und Energieverteilung zu untersuchen?
3. Wenn ja, in welchem Rahmen, und wenn nein, warum nicht?
4. Welchen Anteil haben die WLAN-Netzwerke an der durchschnittlichen Exposition der Bevölkerung?
5. Welche Vorsorgemaßnahmen werden in der Bundesregierung und/oder in anderen EU-Staaten getroffen, um die Belastung der Bevölkerung durch WLAN möglichst gering zu halten?
6. Wie hoch sind die Wachstumsraten von öffentlichen und kommerziellen WLAN-Access-Points in Deutschland in den letzten Jahren?
7. Wie hoch ist die Abdeckung in Deutschland mit WLAN?
8. Hat die Bundesregierung in der Vergangenheit Kommunen unterstützt um Drahtlosnetze einzurichten oder plant die Bundesregierung dieses für die Zukunft?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung das Modell der Nutzung von privaten WLAN-Netzen von Dienstleistern durch Kommunen?
10. Hält die Bundesregierung die Empfehlung des Bayerischen Landtages, in Schulen möglichst auf WLAN zu verzichten und kabelgebundene Lösungen vorzuziehen, für richtig?
11. Wenn ja, wird die Bundesregierung diese Maßnahme auch anderen Bundesländern empfehlen, und in welcher Weise wird dieses geschehen?
12. Sind der Bundesregierung Messprogramme an Schulen bekannt, wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
13. Wenn nein, sind der Bundesregierung geplante Aktivitäten in dieser Richtung bekannt, und hält die Bundesregierung Messprogramme an Schulen für sinnvoll?
14. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Strahlenexposition der Bevölkerung und hier besonders die der Kinder durch hochfrequente elektromagnetische Felder zu verringern?

Berlin, den 6. Juli 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion